

## Rats-Update Nr. 19

### Sitzung des Duisburger Stadtrates am 10. Juni 2024

Obwohl sich am Eingang der Mercatorhalle wieder einige Menschen eingefunden hatten, um die eintreffenden Ratsmitglieder zu „begrüßen“, war diesmal keine politische Forderung anhand von Parolen, Plakaten oder Handzetteln zu erkennen.

Man kann aber davon ausgehen, dass es sich um die Bürgerinitiative gegen die Bebauung des Rahmerbuschfelds handelte, die die Beratungen und die Entscheidung zu diesem Thema mitverfolgen wollte. Natürlich waren darunter wieder zahlreiche stadtbekannte Parteimitglieder der Grünen zu erkennen.

### Gedenken an Volker Mosblech

Der Oberbürgermeister begann die Sitzung mit einem Gedenken und einer Schweigeminute für den kürzlich verstorbenen Bürgermeister Volker Mosblech (CDU).

### Statement der Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Sören Link erklärte in einem kurzen Redebeitrag, dass er die vermehrten Angriffe auf Politiker „von Rechts und Links“ verurteile.

### SPD und CDU setzten (wieder) alle Anfragen von der Tagesordnung ab

Wie bereits in der letzten Ratssitzung beantragten SPD und CDU auch diesmal, alle Anfragen der kleineren Fraktionen, die sich auf der Tagesordnung befanden, in die Fachausschüsse zu überweisen, um sie nicht in der heutigen Ratssitzung behandeln zu müssen.

Da zwar die Ratssitzungen, nicht jedoch die Ausschusssitzungen per Livestream im Internet übertragen werden, kam hier wieder der Verdacht auf, dass unliebsame Themen nicht in der Öffentlichkeit besprochen werden sollen. Dennoch setzten SPD und CDU ihren Willen (*oder den des Oberbürgermeisters?*) durch.

### Bebauung des Rahmerbuschfelds (1)

Die CDU beantragte, den Beschluss zur Bebauung des Rahmerbuschfelds, der ursprünglich auf Tagesordnungspunkt 63 stand, auf Top 11 vorzuziehen. Die Grünen beantragten eine geheime Abstimmung zu diesem Thema. Die Mehrheit des Stadtrates schloss sich diesem Wunsch an.

### Aufsichtsratswahlen zur DVG, DVV und Zoo

Der Vorsitzende der Fraktion Tierschutz/DAL beantragte geheime Abstimmungen zu den anstehenden Neubesetzungen der Aufsichtsräte zur Duisburger Verkehrsgesellschaft (DVG), zur Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (DVV) und zur Zoo Duisburg gGmbH. Da bei Personalwahlen (geschäftsbetriebsgemäß) der Antrag eines einzelnen Ratsmitglieds genügt, musste der Rat diesem Antrag nachkommen, so dass die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 in geheimen Wahlgängen durchgeführt wurden, was immer sehr viel Zeit in Anspruch nimmt.

### Einführung eines neuen Ratsmitglieds

Als Nachfolger für den verstorbenen Ratsherrn Volker Mosblech wurde Joachim Schneider (CDU) durch den Oberbürgermeister „eingeführt“ und gemäß § 67 der Gemeindeordnung verpflichtet.

### Neuwahl einer Bürgermeisterin

An Tagesordnungspunkt 2 stand die „Wahl der ehrenamtlichen Stellvertretung des Oberbürgermeisters“, als Nachfolge für den verstorbenen Bürgermeister Volker Mosblech. Da die CDU das Vorschlagsrecht für diesen Bürgermeisterposten hat, nominierte sie Ratsfrau Sylvia Linn aus Rheinhausen/Friemersheim als (einzige) Kandidatin. Von den 98 anwesenden Ratsmitgliedern erhielt sie in geheimer Abstimmung 85 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen und ist jetzt neben Bürgermeisterin Klabuhn (SPD) und Bürgermeister Dr. Ritter (Grüne) die dritte Bürgermeisterin der Stadt.

### **Bebauung des Rahmerbuschfelds (2)**

Erwartungsgemäß gab es zu dieser geplanten Bebauung zahlreiche Wortmeldungen von nahezu allen Fraktionen. Die Fraktion der Grünen erklärte in mehreren Wortbeiträgen, dass „*eigentlich niemand diese Bebauung will*“ und das sie auch aus Klimaschutzgründen abgelehnt werden sollte. Zudem verstoße diese Bebauung sogar gegen EU-Recht, wie Grüne und Vertreter der Fraktion BSW betonten. SPD und CDU erläuterten, warum sie der Bebauung des Rahmerbuschfelds mit einem Rewe-Markt und ca. 80 Wohneinheiten zustimmen wollen.

Der zuständige Dezernent Martin Linne erklärte, dass es sich beim Rahmerbuschfeld derzeit um eine Pferdekoppel handle und nicht um ein Naturschutzgebiet oder ein schützenswertes Biotop. Zudem wies er die „Drohung“ der Grünen zurück, dass die Bürgerinitiative gegen eine Bebauung klagen werde.

Die Fraktionen von JuDu, AfD, BSW, Tierschutz/DAL und Linken erklärten ihre Ablehnung gegen die Bebauung. Die FDP-Fraktion hatte im Vorfeld mehrfach und lange über dieses Thema diskutiert und ist mehrheitlich zu dem Schluss gekommen, sich ebenfalls gegen diese Bebauung auszusprechen.

Die geheime Abstimmung ergab ein relativ überraschendes Ergebnis: von den 97 anwesenden Ratsmitgliedern stimmten 49 für die Bebauung des Rahmerbuschfeldes und 48 stimmten dagegen. Ein derart knappes Ergebnis gab es im Duisburger Stadtrat schon lange nicht mehr, zumal SPD, CDU und OB an diesem Tag über 53 Stimmen verfügten.

### **Jahresabschlüsse städtischer Gesellschaften und der Stadt**

In den folgenden Tagesordnungspunkten wurden einstimmig und kommentarlos die Jahresabschlüsse (2023) zahlreicher städtischer Gesellschaften genehmigt. Unerwartet kam es beim Jahresabschluss der Stadt für das Haushaltsjahr 2023 zu zahlreichen Wortmeldungen und langen Diskussionen.

Im Grunde sollte das (positive) städtische Jahresergebnis nur zur Kenntnis genommen und zur Prüfung in den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen werden. Der Fraktionsvorsitzende der SPD (Bruno Sagurna) nutzte die Gelegenheit, die Politik der letzten Jahre zu loben. Er erläuterte, dass jetzt an zahlreichen Stellen investiert werden könne und an welchen Stellen die Bürger/innen entlastet werden.

Die Grünen kommentierten das positive Finanzergebnis des Jahres 2023 mit den Worten „*einfach nur Glück gehabt*“, denn ohne die ungewöhnlich hohen Einnahmen, wäre die Stadt im Minus. Die Linken erklärten, dass die Stadt durch den jahrelangen Sparkurs „*eine ganze Generation verärgert*“ habe. JuDu kommentierte, dass die Stadt das positive Ergebnis nicht nur „*aus eigener Kraft*“ erreicht hätte.

Das konnten CDU, SPD, Kämmerer und OB nicht unwidersprochen lassen. Die CDU wehrte sich heftig und erläuterte, dass Duisburg als eine von nur 4 Kommunen in NRW ihren Haushalt so stark entschuldet habe. Der Oberbürgermeister ergänzte, wie viel besser die Stadt inzwischen als viele andere Kommunen dastehe „*Dank des jahrelangen Sparkurses*“. Der Stadtkämmerer erläuterte die zahlreichen Investitionen und Entlastungen, die jetzt möglich geworden sind.

Nach langen Diskussionen beschloss der Stadtrat die Vorlage einstimmig(!), so dass sich mancher Beobachter sicherlich fragte, warum vorher so lange und vor allem so `bissig` darüber diskutiert wurde.

### **Schulentwicklungsplan für weiterführende Schulen**

Seit vielen Jahren fordert die Politik von der Duisburger Stadtverwaltung die Erarbeitung eines Schulentwicklungsplans für die weiterführenden Schulen, in dem die zukünftigen Schülerzahlen realistisch eingeschätzt bzw. berechnet werden und ein dementsprechendes Angebot an Schulgebäuden, Schulformen und Anzahl der Klassen erarbeitet wird. Dieser Plan lag dem Stadtrat jetzt zur Entscheidung vor. Hierbei kam es zu zahlreichen und vor allem kritischen Wortmeldungen vieler Fraktionen.

SPD und CDU verteidigten den vorliegenden Plan, der zwar nicht perfekt sei „*aber schon sehr gut*“. Die zuständige Dezernentin Astrid Neese erklärte, dass die Entwicklung der Schülerzahlen lange nicht absehbar war. Die Grünen erklärten, dass dies bestenfalls ein „*Notfall- oder Krisenplan*“ sei, aber kein Schulentwicklungsplan, wie sie ihn erwartet hätten.

Wenn man sich die Entwicklung der Schülerzahlen ansehe, reichten alle geplanten Schulneubauten nicht aus. Die Fraktion `die Linke/die Partei´ ergänzte, dass Flucht und Zuwanderung sicher nicht aufhören werden. Die AfD kritisierte den Plan ebenfalls, kündigte aber dennoch Zustimmung an.

Die Fraktion `Junges Duisburg´ (JuDu) kommentierte, dass es in Duisburg mindestens eine Generation Kinder geben werde, die Schulunterricht fast nur in Containern erlebt habe. Zudem sei es schwer zu verstehen, dass zukünftig viele Gesamtschulen geplant würden, obwohl ein erhöhter Bedarf von mindestens 10 Zügen bei den Gymnasien festgestellt wurde. Diesem Kritikpunkt konnte sich die FDP-Fraktion anschließen.

Letztendlich stimmten Grüne, Linke, BSW und Tierschutz/DAL gegen den Schulentwicklungsplan, alle anderen Fraktionen fanden, dass dieser Plan zumindest eine realistische (und machbare) Grundlage für die kommenden Jahre darstellt. In diesem Sinne wurden in den folgenden Tagesordnungspunkten einige Schulneubauten, Erweiterungs- und Ersatzbauten und die Erweiterung von Klassenzügen beschlossen.

### **Optimierung des Nahverkehrsplans im Bezirk Mitte**

Der Nahverkehrsplan wurde zwar schon vor einigen Jahren beschlossen, die gute Finanzlage der Stadt eröffnet aber seit einiger Zeit neue Möglichkeiten. So sammelt die DVG Anregungen aus der Politik und von Bürgern, um Buslinien und/oder Taktzeiten anzupassen oder ganz neu einzurichten. In dieser Ratssitzung wurden einige Anpassungen im Stadtbezirk Mitte zum Beschluss vorgelegt.

Dazu gab es überraschend viele Wortmeldungen, die sich um Detailfragen zu einzelnen Streckenverläufen, Haltestellen, Verbindungen und Linien drehten. Die inzwischen fast typische Reihenfolge der Wortmeldungen war auch diesmal: SPD (Lob), CDU (Lob), Grüne (Kritik), Linke (Anmerkung), Grüne (Anmerkung), BSW (Kritik und Anmerkung), Grüne (Kritik), JuDu (Anmerkung), usw. Letztendlich wurden die Änderungen des Nahverkehrsplans im Bezirk Mitte einstimmig beschlossen.

### **Neue Feuerwache in der Stadtmitte**

Nach jahrelangen Planungen und Diskussionen beschloss der Duisburger Stadtrat jetzt einstimmig den Bau einer neuen Feuerwache an der Mercatorstraße in der Stadtmitte. Die Bau- und Planungskosten betragen über 28 Mio. Euro.

Hintergrund des Neubaus ist, dass die Feuerrettungswache in Duissern (hinter Arbeitsamt und Tierklinik) zu weit weg ist, um schnellstmöglich zu Einsätzen in Neuenkamp oder Hochfeld zu gelangen. Die maximal 8 bis 9 Minuten, die laut Gesetz dafür vorgeschrieben sind, sind in diesen Gebieten nur schwer zu erreichen. Vom neuen Standort auf der Mercatorstraße aus (in der Nähe der ehem. Tankstelle Eller Montan) sind alle Stadtteile im Bezirk Mitte gut zu erreichen.

### **Neue Kindertagesstätten**

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschloss der Stadtrat einstimmig den Bau von neuen Kindertagesstätten (zum Teil „in Modulbauweise“, was umgangssprachlich `Container` bedeutet) an der Wiesbadener Straße in Meiderich, an der Apostelstraße in Beeck, am Feldrain in Rheinhausen und an der Kirchfeldstraße in Rumeln-Kaldenhausen.

In diesem Zusammenhang aber auch bei Schulerweiterungsbauten „in Modulbauweise“ erklärte der Oberbürgermeister, dass er sich wünschen würde, dass man in politischen Beratungen und der Öffentlichkeit nicht mehr von `Containern` sprechen würde, denn es handele sich um gut ausgestattete und zweckmäßige mobile Fachräume. Das Wort `Container` erwecke einen negativen und somit falschen Eindruck.

### **Antrag der FDP-Fraktion zum Thema „Offener Ganztag“**

Die FDP-Fraktion hatte einen Antrag mit dem Titel „Landesregierung darf Familien, Kommunen und Trägerlandschaft beim OGS-Ausbau nicht im Stich lassen“ gestellt.

Hier der wörtliche Beschlusstext und die dazugehörige Begründung, die Ratsfrau Kira Schulze Lohoff mehrfach gegen die abwehrenden Äußerungen der anderen Fraktionen erläuterte:

**Beschluss:**

*Der Rat der Stadt Duisburg fordert den Oberbürgermeister auf, einen Brandbrief an die Landesregierung zu schreiben und hierin zu fordern, 1) einen Zeitplan für die Erarbeitung der sogenannten „Umsetzungsregelungen“ vorzulegen, 2) bis zum Sommer 2024 ein Ausführungsgesetz zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter ab 2026 vorzulegen und 3) gemeinsam mit den Kommunen und der Trägerlandschaft flächendeckend ein verlässliches, flexibles und qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot für Kinder im Grundschulalter zu schaffen.*

**Begründung:**

*Für Ende Januar 2024 war von der schwarz-grünen Landesregierung ein Entwurf für ein Ausführungsgesetz angekündigt worden, das die konkrete Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Grundschul Kinder regeln sollte. Doch anstelle einer bereits angekündigten landesrechtlichen Verankerung eines qualitativ hochwertigen Ganztagsangebots hat das Kabinett am 5. März 2024 lediglich ein dreiseitiges Papier mit dem Namen „Fachliche Grundlagen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter ab 2026“ gebilligt. Seitdem gibt die Landesregierung fortlaufend an, an weiteren „Umsetzungsregelungen“ zu arbeiten.*

*Jedoch gestaltet sie ihre Erklärungen diesbezüglich unzureichend präzise. Weder wurde ein Zeitplan für die Erarbeitung vorgelegt noch dargelegt, welche Verbindlichkeiten hinter den Regelungen stehen sollen. Kommunen, Schulen und die Trägerlandschaft werden bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs allein gelassen. Die unzureichenden Anweisungen der Landesregierung hinterlassen sowohl bei den ausführenden Kommunen als auch bei den Familien erhebliche Unsicherheit. Bereits jetzt haben viele Träger große Finanzierungsprobleme, die von der Landesregierung nicht ausreichend aufgefangen werden.*

*Noch immer offen sind Fragen zu flexiblen Abholzeiten, der Konnexität, zu den Verbindlichkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen Schule und OGS-Trägern, zu Raumvorgaben, zum Personalschlüssel, zu Gruppengrößen, zur Ernährung und zur fachlichen Qualifikation des Personals. Es fehlt ein Zeitplan, wann die Kommunen und Träger damit rechnen können, rechtssichere verbindliche Aussagen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs zu erhalten. Die Ausführungsgesetzgebung sollte insbesondere die Elternwünsche berücksichtigen und Anwesenheitszeiten unterhalb des Zeitrahmens von 8 bis 16Uhr regelhaft ermöglichen.*

*Die Schulträger in unserem Land müssen endlich Klarheit bekommen, ob die Landesregierung auf ein verlässliches, flexibles und qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot an den Grundschulen hinarbeitet. Dies wäre in einem Ausführungsgesetz, das Orientierung und Planungssicherheit gibt, am besten und rechtssicher abgedeckt.*

SPD und Grüne erklärten, dass dies bereits vom Schulausschuss beschlossen wurde, was jedoch bei genauerer Betrachtung so nicht stimmt. JuDu erklärte, dass der Oberbürgermeister sicherlich keinen Beschluss des Stadtrates bräuchte, um einen Brief zu schreiben. Inhaltlich erklärten alle Fraktionen vollkommene Zustimmung, dennoch wollten sie diesem FDP-Antrag (so und jetzt) nicht zustimmen. Nach längeren Diskussionen stimmten nur FDP, BSW, AfD und die Linke für den Antrag, die Mehrheit (angeführt von SPD, CDU und Grünen), lehnte ab.

**Um 20:25 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung**, der eine nichtöffentliche Sitzung mit 9 Tagesordnungspunkten folgte.

Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist erst wieder am 23. September 2024 geplant. Danach werden wir Sie wieder gerne über die Themen und Beschlüsse des Duisburger Stadtrates informieren.

Bis zum nächsten Rats-Update wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies, Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff**, eine schöne und erholsame Sommerzeit.

Thomas Wolters



FDP-Fraktionsgeschäftsführer